



Wirtschaft & Gesellschaft, Arbeitskräftemangel, Digitalisierung

Staatswachstum: Es braucht keine Kettensäge, **aber einen Bremsklotz**

24.10.2025

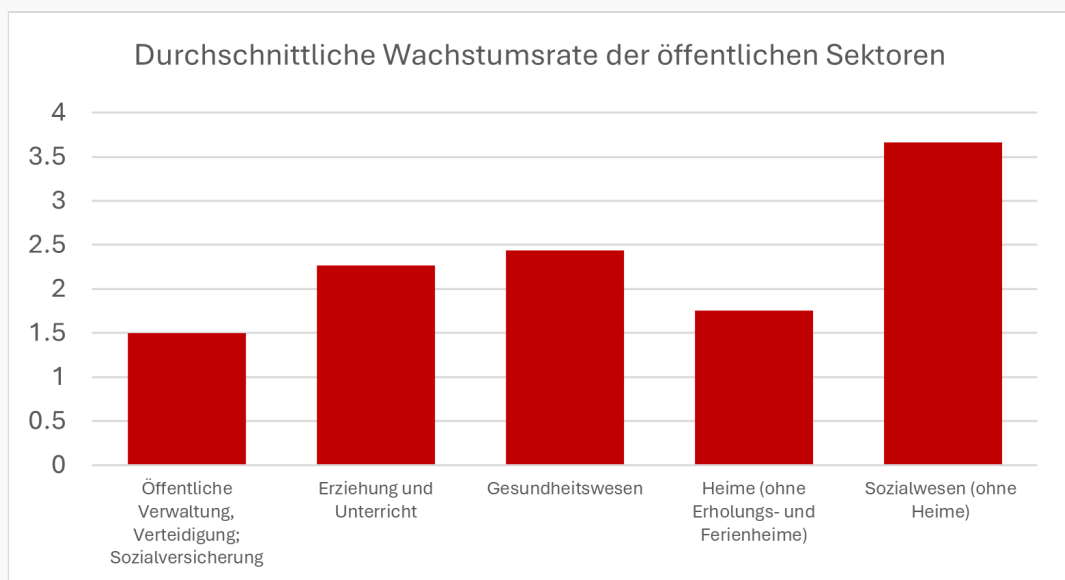
Auf einen Blick

- Mehr als vier von zehn neu geschaffenen Stellen werden in staatsnahen Branchen geschaffen.
- Der Staat wächst schneller als die Privatwirtschaft. Das Wachstum ist nicht nachhaltig und bläht den Staat auf.
- Die staatsnahen Branchen sollten jährlich ein Prozent des Stellenbestands abbauen. So wäre der Staatsapparat der Schweiz 2050 mit den international effizientesten vergleichbar.

Auf den ersten Blick machen die Zahlen über die Beschäftigten in der Schweiz einen guten Eindruck. Zwischen 2015 und 2023 wurden über eine halbe Million neue Arbeitsstellen geschaffen. Weder die Digitalisierung noch die Pandemie hat in der Schweiz die Arbeitsapokalypse eingeläutet. Aber nicht alles, was glänzt ist Gold. Fast die Hälfte der neuen Arbeitsstellen wurden in staatsnahen Branchen geschaffen. Der Staat wächst viel stärker als die privatwirtschaftlichen Branchen. Geht es so weiter, wird die Schweiz noch vor Jahrhundertwende den grössten Staatsapparat in Europa haben.

Wo wächst der Staat?

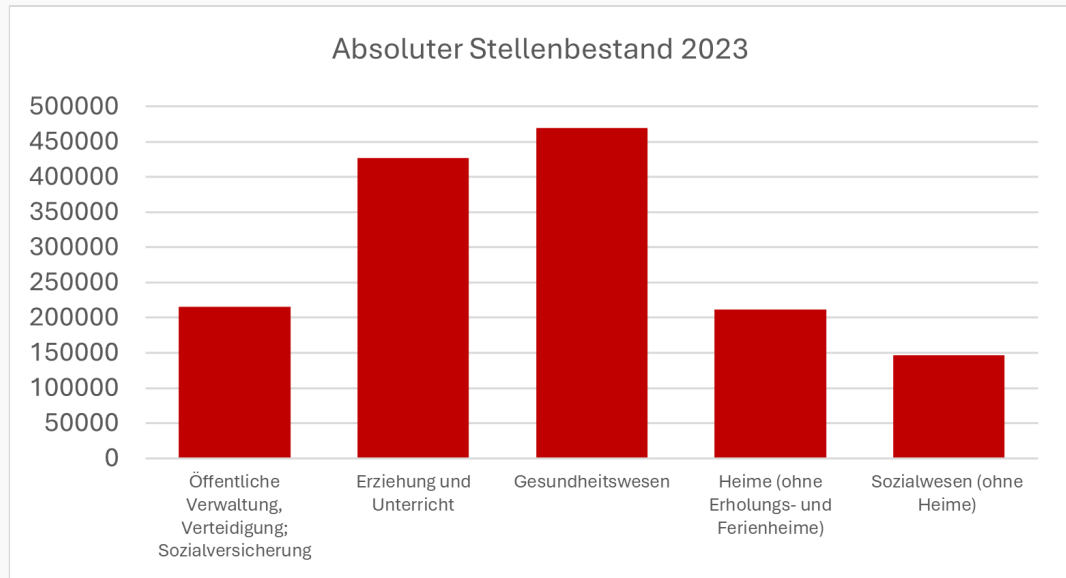
Abbildung 1



Alle staatsnahen Branchen wachsen stärker als die Privatwirtschaft, wo die Anzahl Beschäftigten jährlich um etwa 1 Prozent wächst. Das Wachstum war im Sozialwesen am höchsten, gefolgt vom Gesundheitswesen und dem Erziehungssektor. Da letztere aber die grossen Arbeitgeber beim Staat darstellen, machen sie den Löwenanteil des Wachstums bei den staatsnahen Branchen aus. Im Gesundheitswesen kamen 82'425 neue Stellen dazu, in Erziehung und Unterricht waren es 70'076 zusätzliche Beschäftigte. Bei den

verbleibenden staatsnahen Branchen belief sich der Stellenzuwachs zwischen 2015 und 2023 auf 24'000 bis 30'000 Personen.

Abbildung 2



Wo es Luft nach oben gibt

Es ist klar, dass es auch beim Staat Herausforderungen gibt, welche einen bestimmten Stellenaufbau bedingen. Langfristig ist das etwa die Demografie und ein steigender Pflegebedarf. Ausnahmefälle wie die Pandemie führen ebenfalls zu einem temporären Stellenbedarf. Gleichzeitig bietet der Megatrend der Digitalisierung und der KI massives Potenzial zur Effizienzsteigerung. Die Privatwirtschaft macht sich dies bereits zu Nutzen. Angesichts dessen, dass mit anhaltendem Staatswachstum die Hälfte der Beschäftigten bei Jahrhundertwende in staatsnahen Branchen arbeiten würden, muss der Gurt enger geschnallt werden. Welche Bereiche eignen sich beim Staat dafür?

Den Zusatzbedarf aufgrund der Pandemie gibt es heute nicht mehr. Der Stellenbestand ist aber nicht entsprechend gesunken. Im Gesundheitssektor gilt es somit zu hinterfragen, welche Überbleibsel der Pandemie bis heute noch notwendig sind. In der Erziehung und dem Unterricht gilt es zu untersuchen, ob

der Stellenaufbau die Dynamik in den Schülerzahlen widerspiegelt. Besondere Aufmerksamkeit gilt in den Schulen ausserdem der Entwicklung der Belastung durch administrative Arbeit. Letztendlich muss der Schweizer Staat umfassend effizienter werden. Wo möglich müssen Prozesse durch Digitalisierung oder Anwendung von KI vereinfacht oder sogar automatisiert werden. Das kürzlich veröffentlichte Dossierpolitik zum Thema Strukturwandel zeigt, dass eine nachhaltige Staatsgrösse 2050 erreicht werden könnte. Dafür müssten die staatsnahen Branchen jährlich etwa ein Prozent des Stellenbestands abbauen. Damit würden wichtige Arbeitsstellen für die Privatwirtschaft freigeschaltet und dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung



Fabian Scheidegger

Projektmitarbeiter Wirtschaftspolitik & Bildung